

Tabak-Arbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montag. Bezugspreis monatlich 40 ¢
ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 ¢
für die sechsheftige Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
An der Weide 20. Tel. Domsehle 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hufung. Druck: J. H.
Schmalfeidt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 8

Bremen, 20. Februar

Jahrgang 1932

Schafft Arbeit!

Nachstehend veröffentlichen wir eine Entschliessung, die der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach tiefschürfenden Referaten von Eggert, Tarnow und Bachem und nach eingehender Aussprache am 16. Februar einstimmig angenommen hat. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“. Im übrigen verweisen wir auf den Artikel des Genossen Tarnow in der Beilage dieser Nummer des Verbandsorgans.

Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz der Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 v. H.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 v. H. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichskanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlüssel zum Erfolg unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbesondere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften betonen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wiederherstellen.

Jubiläums-Verbandstag 1932

Aus früheren Veröffentlichungen im „Tabak-Arbeiter“ ist bekannt, daß die Verbandsinstanzen (Vorstand, Beirat, Ausschuss und Gauleiter) am 9. November 1930 übereingekommen sind, den 21. Verbandstag, der nach den statutarischen Bestimmungen schon im Jahre 1931 hätte stattfinden müssen, 1932 abzuhalten. Veranlaßt wurde dieser Beschluß — der Verbandstag und Verbandsjubiläum miteinander verbindet — durch die Tatsache, daß am 22. November 1932 seit dem Tage der Gründung des Reiseunter-

stützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, des Vorläufers unseres jetzigen Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, fünfzig Jahre verflossen sein werden.

In Ausführung dieses Beschlusses hat der Verbandsvorstand nunmehr vorgezogen, den 21. Verbandstag am

21. November in Bremen

und zwar im Volkshaus, beginnen zu lassen. Selbstverständlich denkt niemand daran, in dieser Zeit der Not große Feste zu feiern. Aber ein würdiges Gedenken

der Tatsache, daß die freigewerkschaftliche Organisation der Tabakarbeiter auf ein ununterbrochenes fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, und in diesem halben Jahrhundert, allen Schwierigkeiten und Rückschlägen zum Trotz, für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie erfolgreich gewirkt hat, dürfte doch wohl angebracht sein.

Bremen ist als Tagungsort gewählt worden, weil — und zwar unter dem Sozialistengesetz — von hier der Ruf zur Gründung der neuen Organisation ausging, und hier auch die Gründung des Reiseunterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter erfolgte.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Bremen. Die am 6. Februar im Volkshaus abgehaltene Jahresversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Kassenbericht für das 4. Quartal und dem Jahresbericht. Zunächst widmete Kollege Wiemken den im Jahre 1931 durch Tod von uns geschiedenen Mitgliedern einen kurzen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Die Abrechnung für das 4. Quartal ließ erkennen, daß die Krise sich auch auf die Kassenverhältnisse unserer Zahlstelle auswirkt. Die Beitragseinnahmen sind geringer geworden, während auf der anderen Seite 4158,70 M für Unterstützungen ausgezahlt werden mußten. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem, vom Kollegen Trübning gegebenen Jahresbericht war zu entnehmen, daß auch in der Bremer Zahlstelle die Verhältnisse unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise standen. Waren doch in der Zigarrenherstellung 57,47 Prozent, in der Zigarettenindustrie 44,42 Prozent und in der Rauchtabakbranche 37,66 Prozent aller Mitglieder im Jahresdurchschnitt vollständig aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen. Das Kapitel Rechtsschutzangelegenheiten nahm im Jahre 1931 die Tätigkeit der Ortsverwaltung besonders in Anspruch; mußten doch beim Arbeitsamt allein 66 Fälle durchgeführt werden, um den betreffenden Mitgliedern zu dem ihnen nach den Bestimmungen der Sonderunterstützung zustehenden Rechte zu verhelfen. Sämtliche Fälle wurden zugunsten der Mitglieder erledigt. Außerdem mußten noch 44 Fälle vor der Spruchkammer, dem Spruchauschuß usw. zur Erledigung gebracht werden. Durch diese Tätigkeit der Ortsverwaltung konnte die ansehnliche Summe von 15 006,98 M für die Kolleginnen und Kollegen herausgeholt werden. Wenn in der Mitgliederbewegung die Lohnbewegungen der verschiedenen Branchen regelten sich durch die eingetretenen Schiedssprüche und Vereinbarungen. Nur in der Zigarettenherstellung wurden mit der Firma Lesmona und Mart. Brinmann neue Tarife getätigt. Wenn in der Mitgliederbewegung ein kleiner Rückgang eingetreten ist, so liegt das an den heutigen Verhältnissen. Dem Kassenbericht der Hauptkasse ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahr an Beiträgen 20 587,35 M vereinnahmt wurden. An Unterstützungen sind 18 133,10 M zur Auszahlung gelangt. Aus der Lokalkasse konnte den arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung gewährt werden, für die 2085,65 M benötigt wurden. Der Bestand der Lokalkasse verringerte sich um 1051,96 M, es verblieb ein Bestand von 5114,09 M. Ein von der Verwaltung vorgeschlagener Antrag, für die Erwerbslosenmarken einen Beitrag von 10 M zu erheben, fand die Zustimmung der Versammlung. Befreit von diesem Beitrag sind die Mitglieder, welche keinerlei Unterstützung mehr beziehen. Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde die Verwaltung einstimmig wiedergewählt. Am Schluß der Versammlung gedachte Kollege Wiemken des 80. Geburtstages des Kollegen L. Mehner, dankte demselben für die Treue und Hingabe für die gerechte Sache des Proletariats und gab dem Wunsch Ausdruck, daß der Kollege Mehner uns noch lange erhalten bleiben möge. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Wiemken, im Kampfsjahr 1932 alle unsere Pflicht zu tun und alle Angriffe der Reaktion gegen die Arbeiterklasse abzuwehren und dem Verbände neue Mitglieder zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 30. Januar fand im Volkshaus unsere gutbesuchte Jahresgeneralversammlung statt. Einleitend gedachte Kollege Lampe der im verfloffenen Jahre verstorbenen Kollegen Arno Lange, Otto Reiche

und Max Clement. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen. Kollege Böttcher erstattete dann den Jahresbericht und schilderte die Auswirkungen der Notverordnung vom Dezember 1930, sowie die rigorose Ausnutzung derselben durch die Unternehmer. Viele Wege und Briefe waren erforderlich, um den Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen. Allgemeine Empörung löste die Aufhebung der Sonderunterstützung am 30. Juni 1931 aus. Trotzdem alles getan wurde, was nach Lage der Verhältnisse möglich war, gelang es nicht, den Verlust wieder rückgängig zu machen. Ebenso ungeheuerlich und ungerechtfertigt war der 15prozentige Lohnabbau, der dazu diente, die noch in Arbeit Stehenden ebenso verelenden zu lassen wie die Erwerbslosen, auf der anderen Seite aber die Einkünfte der Unternehmer zu erhöhen. Nach dem Bericht über zwei Vorstandskonferenzen des ADGB, gab Kollege Lampe den Kassenabluß vom 4. Quartal bekannt. Hier zeigte sich, daß die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückgeblieben waren. Auch die Auszahlung einer Weihnachtsbeihilfe an erwerbslose und kranke Mitglieder hat die Lokalkasse ziemlich stark in Anspruch genommen. Eine verminderte Einnahme machte sich auch dadurch bemerkbar, daß infolge des Lohnabbaues und der Kurzarbeit die Mitglieder in niedrigere Beitragsklassen traten. Nächstens wird sich eine Ortsverwaltungssitzung mit der Frage beschäftigen müssen, ob es möglich ist, bei etwa 120 in Arbeit stehenden Mitgliedern, von denen ein großer Teil verkürzt arbeitet, das Zahlstellenbüro noch aufrechtzuerhalten. In der darauffolgenden Aussprache wurde sehr scharfe Kritik an verschiedenen Vorgängen geübt. Auf Antrag des Kollegen Leib, der Bücher, Belege und Kasse in bester Ordnung gefunden hätte, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Bei den Neuwahlen wurden folgende Kollegen gewählt: Als Bevollmächtigte 1. Karl Becker, 2. Karl Lampe und 3. Otto Böttcher; als Revisoren Franz Leib und Otto Fischer. Nach kurzer Aussprache wurde ein vom Kollegen Lampe begründeter Antrag der Ortsverwaltung, vom 1. Februar an einen wöchentlichen Erwerbslosenbeitrag von 5 M zu erheben, einstimmig angenommen. Sodann berichtete Kollege Becker, daß die Sammlung der gewerkschaftlichen Winterhilfe rund 7000 M ergeben habe. Dafür sollen Speisemarken zur Verteilung kommen. Sodann erwähnte Kollege Becker, die Beiträge dem Verbandsstatut entsprechend zu zahlen. Mit der Bitte, die neugewählte Ortsverwaltung in ihrem Wirken für die Interessen der Tabakarbeiter und des Verbandes tatkräftig zu unterstützen, schloß Kollege Becker die Versammlung.

Lobenstein. Am 28. Januar fand im „Alten Turm“ die diesjährige Generalversammlung der Zahlstelle Lobenstein und Umgegend statt. Eingangs widmete Kollege Kahl dem allseits verdienten und beliebten, allzufrüh verstorbenen Gauleiter Kollegen Clement einen herzlichen Nachruf. Hierauf referierte Kollege Kahl über den 15prozentigen Lohnabbau in der Zigarrenindustrie, wobei er das Verhalten der Zigarrenfabrikanten, bei denen von jeher jegliches soziales und menschliches Empfinden zu vermissen war, bei den Lohnverhandlungen am 18. Dezember brandmarkte. Auf der anderen Seite aber wollen die Zigarrenfabrikanten von jedem Preisabbau ihrer Ware verschont bleiben, obgleich sie sich dadurch in Widerspruch mit der 4. Notverordnung setzen, nach der sie sich beim Lohnabbau genau richteten. Immer recht viel Profit, ohne Rücksicht auf die Arbeiter und Konsumenten, das ist ihr Standpunkt. Redner wies dann darauf hin, daß das Lohnabkommen bis zum 30. April läuft. Was dann geschieht, läßt sich heute noch

nicht sagen. Aber es steht fest, daß die Zigarrenfabrikanten trotz der Hungerlöhne, die sie zahlen, mit einem neuen Lohnabbauversuch kommen werden. Um diesen zu verhindern, müssen wir jetzt schon durch Haus- und Betriebsagitation für einen festen Zusammenschluß im Deutschen Tabakarbeiter-Verband wirken. Denn nur durch eine starke Organisation kann das Schlimmste von den Tabakarbeitern abgewendet werden. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß sich die Zahlstelle Lobenstein trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im verfloffenen Jahr gut gehalten hat. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden 609,80 M und an Weihnachtsunterstützung 195 Mark ausgezahlt. Im Tätigkeitsbericht trat hervor, daß es außerordentlich schwer war, die Mitgliederzahl, wie sie der Kollege Kahl bei seiner Übernahme der Geschäfte der hiesigen Zahlstelle vorfand, zu halten. Gerade in der hiesigen Gegend brauchen die Kollegen den Verband am allernotwendigsten. Gibt es doch nach dem 15prozentigen Lohnabbau hier noch einzelne Fabrikanten, die für einzelne Arbeiter den Tariflohn nicht zahlen wollen, so daß hier erst der Verband eingreifen muß. Der Bericht über die Rechtsschutzaktivität zeigte, was für die Kollegenschaft erreicht worden ist. An Feiengeld konnte für 90 Kolleginnen und Kollegen 275,65 M herausgeholt werden. Durch Einsprüche bei den Spruchauschüssen der einzelnen Arbeitsämter wurde für 68 Kolleginnen die Summe von 601,80 M erreicht. Für 57 Kolleginnen wurde durch Lohnverhandlungen ein Mehrverdienst von 81,42 M wöchentlich erzielt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden als Bevollmächtigte die Kollegen Ameis, als Revisoren die Kolleginnen Tiller und Porsch gewählt. Als Ortsausschußdelegierte wurden die Kolleginnen Tekla Lenzner und Lina Weber bestimmt.

Blottho. Am 6. Februar fand die Generalversammlung der Zahlstelle Blottho im Lokal Schäffer statt. Eingangs ehrte die Versammlung die im Jahre 1931 verstorbenen Mitglieder. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht, der eine Einnahme von 9262,70 M und eine Ausgabe von 9257,95 M ergab. An Erwerbslose und Kranke wurden 5228,10 M gezahlt. Die Lokalkasse zeigte eine Einnahme von 6200,63 M und eine Ausgabe von 2889,15 Mark, mithin einen Barbestand von 3311,48 Mark, welcher zinstragend angelegt ist. An 42 Kollegen wurde zu Weihnachten eine Unterstützung von 565 M gezahlt. Die Mitgliederbewegung war leider eine absteigende. Um neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen, sollen zwei Kollegen mit der Zahlstellenleitung eine rege Werbeaktion vornehmen. Die Wahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Zahlstellenleitung. Als Revisor wurde der Kollege Fritz Hüting neugewählt. Zum Ortsausschuß des ADGB wurden 6 Kollegen gewählt. An die Mitglieder richteten wir die dringende Mahnung, die Verbandsversammlungen besser zu besuchen und mitzuarbeiten, um den Verband zu einer Kampforganisation zu machen.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Bremen, An der Weide 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung.
Geld- und Einschreibsendungen nur an Johannes Krohn, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der GEG, Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen.
Ausführungsvorsitzender: Louis Schoene, Hamburg. Befensbinderhof 57, Zimmer 70.

Internationale Tabakarbeiterbewegung

Ueber die Tabakarbeiterbewegung in den einzelnen Ländern sind dem Sekretär des Internationalen Tabakarbeiter-Verbandes eine Reihe von Berichten zugegangen, von denen wir die nachstehenden zur Kenntnis der Leserinnen und Leser des „Tabak-Arbeiter“ bringen.

Frankreich

Am 16. November 1931 teilte die französische Monopolverwaltung der Leitung unserer dortigen Bruderorganisation mit, daß der Zigarrenverkauf erheblich zurückgegangen sei und dieserhalb eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 4 Stunden erfolgen müsse. Diese Abgabeminderung, die 40 v. H. beträgt, ist auf eine im August 1931 vorgenommene Preiserhöhung zurückzuführen, die es ermöglichte, trotz des geringen Zigarrenumsatzes einen Mehrwertdienst in Höhe von 40 Millionen Frank aus dem Zigarrenverkauf zu erzielen. Der gesamte Nutzen, den die Monopolverwaltung im vergangenen Jahre erzielte, war um 74 Millionen Frank höher als im Jahre 1930.

Diese Vorgänge waren der Leitung unserer französischen Bruderorganisation sowie den in den Monopolbetrieben Beschäftigten bekannt und veranlaßten sie, sich gegen die beabsichtigte Arbeitszeitverkürzung und den damit verbundenen Lohnausfall zu wehren, mit dem Erfolg, daß die Arbeitszeitverkürzung am 21. Januar dieses Jahres aufgehoben wurde.

Die Maßregeln, die ergriffen worden sind, um die Anhäufung der Zigarren auf dem Lager zu vermeiden, sind die folgenden:

1. Reduzierung der normalen Produktion der Zigarrenarbeiterinnen um 16 Prozent.
2. Erhöhung der Löhne der gleichen Arbeiterinnen durch Steigerung der Akkordsätze, damit diese Arbeiterinnen keine Verminderung ihrer Tagelöhne erleiden.

Dieses wertvolle Ergebnis zu verwirklichen, erforderte eine zweimonatige, intensive Tätigkeit, bei der alle Kräfte der Verbandsleitung eingesetzt wurden.

Holland

Nach Ablauf des Lohnsolls im April 1930 traten die Zigarrenfabrikanten in Aktion und versuchten die Löhne bestimmter Arbeitergruppen zu drücken. Insbesondere kamen solche Arbeitergruppen in Betracht, die wenig Fachkenntnisse erfordern. Die zu leistende Arbeit wurde von den Fabrikanten generell als Frauenarbeit bezeichnet, für die die bestehenden Lohnsätze zu hoch seien. Der von unserer holländischen Bruderorganisation erhobene Einwand, daß doch die zu leistende Arbeit bezahlt werde und es dieserhalb ganz gleichgültig sei, ob die Arbeit von Männern oder Frauen ausgeführt würde, fand bei den konfessionellen Arbeiterorganisationen keine Unterstützung, wodurch die Unternehmer in eine günstige Position kamen.

Der angerufene Schlichter fällt einen Schiedspruch zugunsten der Arbeiter

bzw. Arbeiterinnen. Danach wurden die Stundenlöhne für leichte, nichtfachkundige Arbeiten um 2 Cent pro Stunde gekürzt. Die Zahl der betroffenen Personen beträgt 300. Für nichtfachkundige Arbeiter wurden die Stundenlöhne um 1 bis 2 Cent, für Deckblattausbreiter um 2 bis 3 Cent und für Kistenbekleber und Deckblattauffeher um 2 bis 4 Cent gekürzt. Beschäftigt wurden mit diesen Arbeiten insgesamt 2600 Personen, von denen zirka 1000 nichtjüngliche Personen eine Lohnkürzung erhielten. Die Kistenbekleber im Alter von 20 Jahren und darüber arbeiten im Akkordlohn und haben keine Lohnkürzung erfahren.

Insgesamt sind von der Lohnkürzung 1300 Personen betroffen. Von den 578 Mitgliedern unserer holländischen Bruderorganisation, die in diesen Gruppen beschäftigt wurden, haben nur 81 eine Lohnkürzung erfahren.

Da seit dem Jahre 1929 die Wickelmaschinen eine sehr starke Verwendung finden, schien es geboten, eine Regelung der Löhne für diese Arbeitergruppe, die 500 Arbeiter umfaßt, herbeizuführen. Dem ist entsprochen worden. Ob sich diese Regelung vorteilhaft auswirkt, liegt an ihrer guten Ausführung, woran es allerdings noch mangelt. Die Lohnsätze der übrigen Arbeiter sind nicht verändert worden. Die Zahl der von der Lohnkürzung betroffenen Personen beträgt zirka 12 v. H. aller in der Zigarrenbranche beschäftigten Arbeiter.

Der Tarifvertrag ist am 28. Oktober 1931 unterzeichnet worden und hat eine Geltungsdauer bis zum 31. Mai 1933.

Oesterreich

Der Konsum an Zigarren und Virginiaer ist seit dem Jahre 1928 gewaltig gesunken. Bei Zigarren war in dieser Zeit ein Rückgang von 122 Millionen Stück auf 90 Millionen Stück zu verzeichnen. Die Tabakregie hat sich deshalb veranlaßt gesehen, bedeutende Betriebseinschränkungen durchzuführen. Die geführten Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis:

790 Personen werden, sofern sie wenigstens 32 Dienstjahre zurückgelegt haben, mit voller Dienstzeit (35 Jahre) pensioniert. 360 Personen werden mit 9 und 18 Wochenlöhnen Abfindung entlassen. Bei eventueller Wiederaufnahme in den Betrieb wird ihnen die bisherige Dienstzeit in Anrechnung gebracht. Vom 1. Januar 1932 wird auf die Dauer eines ganzen Jahres die Arbeitszeit von 44 auf 40 Stunden herabgesetzt und für diese annähernd der Lohn für 41 Stunden bezahlt.

Durch die erfolgten Entlassungen erleidet unsere österreichische Bruderorganisation einen Verlust von 800 Wollzahlern.

Die von der Generaldirektion der österreichischen Tabakregie verlangte Kürzung der Wirtschaftsprämien um 20 Prozent wurde durch das Eingreifen unserer dortigen Bruderorganisation abgewehrt. Es ist gelungen, die Höhe der bisherigen Bezüge voll und ganz aufrechtzuerhalten.

Polen

Im Jahre 1928 hatten die Tabakmonopolarbeiter nach hartnäckigem Kampfe eine Zulage in Form eines Monatsgehaltens durchgesetzt, die in drei Raten zahlbar war. Aber schon zu Weihnachten 1930 versuchte die Monopolverwaltung, ihnen diese Zulage wieder zu nehmen. Die Arbeiter leisteten heftigen Widerstand und man beschränkte sich darauf, die Zulage um die Hälfte zu kürzen. Am 17. Oktober 1931, wo die so gekürzte Zulage noch bezahlt worden ist, wurden die Arbeiter durch die Monopolverwaltung benachrichtigt, daß die zu Weihnachten fällige dritte Rate nicht mehr bezahlt würde.

Ein Teil der im Tabakmonopol beschäftigten Arbeiter gehört einer behördlichen Arbeitergewerkschaft faschistischen Charakters an. Diese hat versucht, sich zum Leiter des Kampfes zu machen und am 16. Dezember 1931 in Warschau in zwei, in Poznan in drei und in Krakau in einem Betriebe mit zusammen 4500 Arbeitern einen Streik proklamiert. Der polnische Tabakarbeiter-Verband hat sich diesem Streik angeschlossen, ohne für ihn die Verantwortung zu übernehmen. Auf Empfehlung der Behörden hat die faschistische Gewerkschaft den von ihr provozierten Streik dann abgebrochen und es dadurch unserer Bruderorganisation unmöglich gemacht, den Kampf für die Verteidigung der Zulage erfolgreich zu führen. Die zu Weihnachten fällige Hälfte der dritten Zulage wurde nicht mehr bezahlt. Die Nichtzahlung der Zulage entspricht einer Lohnsenkung von 8 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, ist vom 1. Januar 1932 die viertägige Arbeitswoche eingeführt worden. Der Tabakkonsum hat nämlich einen Rückgang in Höhe von 25 v. H. des Gesamtverbrauches aufzuweisen.

Rumänien

Der Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabak- und Zündhölzchenfabriken Rumäniens hat seine Aufnahme in den Internationalen Tabakarbeiter-Verband beantragt. Der Vorstand des ITAB. hat dem Antrage zugestimmt und unterm 9. Februar dieses Jahres die rumänische Bruderorganisation von der erfolgten Aufnahme unterrichtet. Wir begrüßen sie als jüngstes Glied unserer Internationale aufs herzlichste und wünschen, daß der vollzogene Eintritt in den ITAB. sich zu ihrem Vortheile auswirken wird.

Rautabakherstellung

Rendsburg und Rostock

Entsprechend den Bestimmungen der Vierten Notverordnung sind die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter der Rautabakherstellung in Rendsburg sowie Rostock mit Wirkung vom 1. Januar um 15 v. H. gekürzt worden.

Wer nur die „Rote Fahne“ oder ein anderes der kommunistischen Organe liest, kann leicht zu der Auffassung kommen, daß allein die RGD. (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) mit Erfolg für die Werktätigen eintritt und ihr deshalb Arbeiterinnen und Arbeiter in großen Massen zuströmen. Mit den Tatsachen läßt sich eine solche Auffassung allerdings nicht vereinbaren; denn in Wirklichkeit ist die RGD. nichts anderes als ein Instrument der kommunistischen Partei, dazu bestimmt, aus parteipolitischen Gründen die Gewerkschaften zu zerschlagen. Daß an einer solchen Tätigkeit der RGD., in der sich Beitragscheue, Querulanten und ehemalige Gelbe ein Stelldichein geben, die Unternehmer ihre helle Freude haben, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Um ihre Auftraggeber zu befriedigen, muß die RGD. von Zeit zu Zeit auch mit Erfolgen in ihrem Sinne aufwarten können, und da diese dank der gewerkschaftlichen Schulung großer Teile der deutschen Arbeiterschaft meistens ausbleiben, erfindet sie eben welche. So verkündete die „Rote Fahne“ am 13. Januar in einer großen Balkenüberschrift

Hundert siegreiche RGD.-Streiks.

Der erste Beweis für diese Behauptung, nebenbei der einzige aus der Tabakindustrie, sieht so aus:

Stumpfenfabrik König,
Gailingen, Baden

Gegen 20 Prozent Lohnabbau
Weiterzahlung alter Löhne

Neugierig, wie wir nun einmal sind, haben wir in Gailingen nachfragen lassen, wie dieser siegreiche RGD.-Streik denn nun eigentlich vor sich gegangen ist. Das Ergebnis dieser Anfrage ist folgende Erklärung

Die unterzeichneten Betriebsräte der Firma Gustav König, Stumpfenfabrik in Gailingen, erklären hierdurch ausdrücklich, daß die Mitteilung in Nr. 10 vom 13. Januar 1932 der „Roten Fahne“, wonach die RGD. in der Stumpfenfabrik des Herrn König durch einen Streik einen 20prozentigen Lohnabbau verhindert hätte, eine grobe Unwahrheit ist. Ein Streik in dem obigen Betrieb wurde weder von uns noch viel weniger von der RGD., die wir in unserem Betrieb überhaupt nicht kennen, geführt. Von den im Betrieb beschäftigten 60 Arbeitern und Arbeiterinnen gehörten 45 dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband an und nur 15 waren unorganisiert, infolgedessen müßten wir doch von einem Streik vor allen Dingen etwas wissen. Der beabsichtigte Lohnabbau von 20 Prozent am 4. September 1931 wurde durch den Betriebsrat geregelt. Der Betrieb wurde am 31. Oktober stillgelegt, durch Genehmigung des Landeskommissars Konstanz. Daß dies kein Streik sein kann, müßte eigentlich auch die „Rote Fahne“ wissen. Die obengenannte Mitteilung der „Roten Fahne“ sieht einem großen Schwindel ähnlich.

Die Ortsverwaltung Der Betriebsrat
(Unterschriften) (Unterschriften)

Eine Kommentierung dieser Erklärung können wir uns wohl ersparen, denn sie zeigt, wie es mit der Tätigkeit der RGD. aussieht und was von ihren großmäuligen Behauptungen zu halten ist.

Von der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Ende Januar zur Feststellung der Beschäftigungsmöglichkeit seiner Angehörigen veranstaltete, wurden insgesamt 57 527 (13 021 männliche und 44 506 weibliche) Mitglieder erfaßt. Davon waren

	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Männlich ..	7 010	2 901	3 021	89
Weiblich ...	18 332	13 899	12 017	258
Zusammen .	25 342	16 800	15 038	347

Im einzelnen war die tarifliche Wochenarbeitszeit verkürzt um Stunden

bei	1—8	9—16	17—24	25 u. mehr
Männlichen	1047	1052	557	245
Weiblichen	4930	5385	3140	444

Insgesamt 5977 6437 3697 689

Ueberschritten wurde die nach den Tarifverträgen geltende wöchentliche Arbeitszeit um

bei	1—3	4—6	7 u. mehr. Std.
Männlichen	51	18	20
Weiblichen	23	235	—

Insgesamt 74 253 20

Den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie gehörten von den Ende Januar statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern an:

Zigarren	40 690, davon 30 358 weibliche
Zigaretten ..	12 885, davon 11 730 weibliche
Rautabaf ...	1 959, davon 1 061 weibliche
Rauch- und Schnupftabakherstellg.	1 993, davon 1 357 weibliche

Davon waren in der Herstellung

	von	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigarren	21 350	11 874	7 363	103	
Zigaretten	3 342	3 050	6 251	242	
Rautabaf	77	1 619	268	—	
Rauch- und Schnupftabaf	573	257	1 161	2	
Insgesamt	25 342	16 800	15 038	347	

Runmehr lassen wir einige Gegenüberstellungen folgen, um Vergleiche mit dem Vormonat zu ermöglichen. Von je 100 statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren:

Insgesamt	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Dezember	51,10	29,47	19,12	0,31
Januar	44,05	29,20	26,14	0,61
	— 7,05	— 0,27	+ 7,02	+ 0,30

Zigarrenherstellung	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Dezember	58,34	23,78	17,60	0,28
Januar	52,47	29,18	18,09	0,26
	— 5,87	+ 5,40	+ 0,49	— 0,02

Zigarettenherstellung	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Dezember	38,14	46,53	15,05	0,28
Januar	25,94	23,67	43,51	1,88
	— 12,20	— 22,86	+ 33,46	+ 1,60

Rautabafherstellung	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Dezember	7,99	43,71	48,30	—
Januar	3,93	82,64	13,43	—
	— 4,06	+ 38,93	— 34,87	—

Rauch- und Schnupftabakherstellung	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Dezember	30,95	22,44	45,37	1,24
Januar	28,75	12,90	58,25	0,10
	— 2,20	— 9,54	+ 12,88	— 1,14

Zum Schluß dann noch eine Gegenüberstellung der von den Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes — soweit sie statistisch erfaßt wurden — geleisteten Arbeitsstunden in der letzten Woche der Monate:

Zigarrenherstellung	Insgesamt	pro Mitgl.	pro Beschäft. Mitgl.
Dezember	695 816	16,56	39,76
Januar	760 227	18,68	39,31
	+ 64 411	+ 2,12	— 0,45

Zigarettenherstellung	Insgesamt	pro Mitgl.	pro Beschäft. Mitgl.
Dezember	195 430	14,72	23,80
Januar	368 590	28,61	38,62
	+ 173 160	+ 13,89	+ 14,82

Rautabafherstellung	Insgesamt	pro Mitgl.	pro Beschäft. Mitgl.
Dezember	82 185	41,01	44,57
Januar	75 715	38,65	40,23
	— 6 470	— 2,36	— 4,34

Rauch- und Schnupftabakherstellung	Insgesamt	pro Mitgl.	pro Beschäft. Mitgl.
Dezember	67 390	29,71	43,03
Januar	65 755	32,99	46,31
	— 1 635	+ 3,28	+ 3,28

Auch diesmal verzichteten wir darauf, die seit dem Vormonat eingetretenen Veränderungen der Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie kritisch zu würdigen, weil die Dezemberzahlen infolge vorübergehender Betriebsschließungen zu verkehrten Schlußfolgerungen führen können. Hervorgehoben soll nur werden, daß eine Zahlstelle mit einer größeren Schnupftabakfabrik keinen Fragebogen ausgefüllt und eingeschickt hat, wodurch die geleisteten Arbeitsstunden für die Rauch- und Schnupftabakherstellung insgesamt eine Verringerung und auf das Mitglied umgerechnet eine Vermehrung erfahren haben.

Zigarrenherstellung

Allgemein verbindlich erklärt wurde der Bezirkstarifvertrag (schriftliche Festlegungen gemäß § 3 Absatz 1 der Verordnung vom 8. Dezember 1931) für Bremen vom 28. Dezember 1931 an Stelle des Bezirkstarifvertrages vom 12. April 1931.

Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt am 1. Januar 1932 und endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Die allgemeine Verbindlichkeit des vorherigen Tarifvertrags hat mit dem 31. Dezember 1931 geendet.

Bekanntmachungen

Am 20. Febr. ist der 8. Wochenbeitrag fällig
Folgende Gelder sind eingegangen:

- 8. Februar. Danzig 75.—, Destringen 70.—, Regensburg 500.—.
 - 11. Fefferhausen 9.10, Bruchsal 100.—.
 - 12. Bremen 63.—.
 - 13. Braunsberg 100.—.
- Bremen, den 17. Februar 1932.

Mun aber Arbeitsbeschaffung!

Von Fritz Tarnow, M. d. R.

Wenn die Abrüstungsdebatten, die jetzt in Genf begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolge führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldenfragen bereinigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die vereisten Kapitalmärkte auftauen und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unserer Wirtschaft der Umschwung nicht ausbliebe.

Es sind aber zu viele Wenss dabei und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einschrumpfungsvorgang geht immer noch weiter. Das gewaltsame Köpfen der Masseneinkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorauszu- sehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdröpfung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmassnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich eintreten muß.

So ernst diese Aussichten sind, so liegt doch noch lange kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten jetzt vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise

nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschafts- und Verbrauchsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengebracht würden, über die wir selbständig in der Volkswirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre leichter, als die Verbrauchsgüterindustrien in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf einen vorhandenen Bedarf ankäme. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus den wir von heute auf morgen nicht herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konjunktur produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohnedem weit übersehten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht, haben sich heute schon wieder bei den Banken li-

quide Geldreserven angesammelt, die untätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatwirtschaftlichen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbahn liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Instandstellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiete, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an,

Nur ein Dienstmädchen

Von E. Fraple

Sulette zuckte leicht mit den Achseln: „Warum arretiert man nicht einfach die Händler?“

„Die Dummheit und die Leichtgläubigkeit, zu gleicher Zeit auch die Hoffnung und den Wunsch nach einem besseren Los, müßte man bei den armen Dienstmädchen arretieren lassen! Denn die Händler, das würde nichts helfen, weil ihre Nachfolgerschaft sogleich von anderen Unternehmern angetreten würde; übrigens ist es fast unmöglich, sie zu fassen. Seit die Justiz sich so stürmisch der Sache annimmt, haben sie ein Bitter zwischen sich selbst und den wahren Klienten oder denen von der Polizei errichtet. Anders ausgedrückt, man handelt nicht direkt mit ihnen, muß sich an Zwischenhändler wenden, die nicht zu fassen sind (diese treiben ja in Wirklichkeit nicht selbst den Handel — befördern

nur den Auftrag weiter, ohne etwas zu versprechen).

Zum Beispiel, ich wende mich an Fumeron, den Mann der Virginie, eines früheren Dienstmädchens: ich brauche ein junges Blut, etwa 18 Jahre, genügend Fleisch, Novize usw. Er trinkt sein Glas und antwortet mir nicht mal auf diese Bemerkung. Ich empfangen das Kollo (wie seine stehende Redensart ist) nach etlichen Tagen: die Unschuld führt sich ganz allein ein, in der Hand trägt sie als verabredetes Zeichen ein Kuvert, das nur weißes Papier enthält. Ich händige Fumeron das Geld ein, es gibt keine Quittung, keine Spur. Die bewußte Unschuld hatte Fumeron niemals zu sehen gekriegt, ihn niemals sprechen hören, ist nicht imstande, genau zu sagen, wer sie zu mir schickte.“

„Was machen denn nun Ihre Philantropen?“ fragte Sulette.

„Das sind reiche, sehr reiche Leute. Jedes gekaufte Mädchen behalten sie bis zu sicherer Unterbringung bei sich, ohne es arbeiten zu lassen. Als Asyl dient in ihrer Wohnung eine Kammer, die immer besetzt

ist. Das sind wahre Menschenfreunde! Aber vergessen Sie auch nicht mein Verdienst! Ohne mich wären sie ohnmächtig, wohin sollten sie sich wenden? Ferner merken Sie sich diesen originellen Umstand: Wenn die Händler wüßten, daß die jungen verkauften Mädchen nicht der Ausschweifung anheimgefallen sind, würden sie ihre Ware behalten. Also bin ich auch eine Wohltäterin und laufe ernsthaft Gefahr, denn die Händler sind furchtbar rachsüchtig, und ich täusche und befehle sie, indem ich von ihnen Geschöpfe für das Laster verlange und dieselben der Tugend überliefere.“

Sulette war nicht sehr von der Existenz der Philantropen überzeugt, sie fragte, „was es für Leute wären.“

„Herr und Frau Balcant stehen in den Vierzigern, sind kleine, dürstige Gestalten, und in Hinsicht auf Schönheit nicht bevorzugt; er ist, kahl, hat einen Weinfleck auf der linken Backe, sie den kleinen Hennenkopf, eine Schulter ist höher als die andere. Nun stellen Sie sich den rührenden Charakter ihrer Wohltätigkeit

ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen, als im Augenblick.

Sovadazu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete der Erwerbs- und Verkehrswirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiative nur von der öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunkturen anfochte. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionen Werte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Errichtung von Talsperren und Staudämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein hochrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel der Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifelten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentliche Hand stark überschuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sachwerte, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig. Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobili-

sierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zurzeit in den beteiligten Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingestroteten Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

Wir müssen den Sozialismus lieben!

Der Sozialismus ist die Welt des Morgen, in der man nicht, wie heute, nur errechnet und erdenkt, sondern auch fühlt.

Es bleibt gar nicht aus, daß dieses andere und Edlere des Menschen in dieser Welt des Profits erstickt ist bei Übertausenden und daß unsere Zeit einseitig im Zeichen des Intellektes steht. Darum ein unbefriedigtes Suchen in den Massen der schlichten Menschen des Volkes. Und darum auch diese seelische Unzufriedenheit mit der Welt des Heute besonders in so großen Massen von Jugendlichen und Frauen. Das Beste in ihnen darbt.

Stellt ihnen den Sozialismus als die Welt des ganzen Menschen hin, in dem Geist und Seele sich binden! Laßt all die suchenden Menschen ahnen das große sittliche Erlebnisglück dieser Idee! Wenn es schon „gewisse edle und große Wahrheiten gibt“, wie Jean Paul schrieb, „denen erst das große Herz den Eingang in den Kopf verschaffen kann und an die man niemals glauben wird, wenn man nichts kann als denken“; wieviel mehr gilt das von der einen großen und edlen

Wahrheit, der Idee des Morgen, dem Sozialismus!

Sucht ihn in seiner ganzen Tiefe zu erleben und dann erleben zu lassen auch vom Arbeitsbruder! Laßt die Arbeiterfrauen auch warm werden an der sozialistischen Idee! Gebt auch der Jugend den lebendigen, begeisterten Glauben!

Öffnet den Menschen das Tor ihres Herzens, daß sie so die Fülle und Tiefe der sozialistischen Welt auch zu verstehen imstande sind!

Daß sie am sozialistischen Gedanken hängen in Treue und Innigkeit!

Daß sie ihn lieben!

Daß er zu ihrem Wesen wird!

Daß sie von ihm gar nicht mehr lassen können!

Und daß er so mit der werdenden Formung und Gestaltung auch mehr und mehr, tiefer und tiefer überall ist in Hirn und Herz, im Verstehen wie im Glauben, im Begreifen wie im heiligen Erlebnisgefühl.

Und der Mensch wird sein. Der neue Mensch. Der ganze Mensch als Einheit von Erkenntnis und Liebe. Dr. G. S.

vor. Die gekauften Mädchen sind immer stramme, schöne, gesundheitstrogende Geschöpfe, die ihnen eher so etwas wie Eifersucht einflößen müßten. Nun gut, je hübscher, frischer ein Mädchen ist, — um so mehr erscheint folglich Frau Valcane neben ihr benachteiligt —, um so mehr aber schüßt sie die Frau, gibt ihr Ratschläge, verhält sich sie, und um so mehr spricht der Herr mit einer Art Ergebenheit und Achtung zu ihr... sicher, sie hegen eine von der Schönheit erregte Bewunderung, deshalb ängstigen sie sich auch, habenurch vor Begierden, Verbrechen, die die Schönheit veranlaßt. Einmal habe ich ihnen eine bildhübsche Bretagnerin, ach! war die schön, übergeben, die sie der Öffentlichkeit nicht aussetzen wollten, die stattete sie aus und verheirateten sie.“

Nach diesen Worten kam Rosalie. Sie konnte erst um 11 Uhr abends zu Bett gehen, ihre Herrschaften hatten Gäste zum Diner gehabt. Sulette machte sie mit dem Laufe des Gesprächs bekannt. Der Frau Coqueho Verdienst um die Tu-

gend gab ihr viel Grund zum Lachen; sie ließ sich auf den Koffer fallen.

„Nun, und wenn Sie Sulette eine Stelle bei einem einzelnen älteren Herrn vorschlagen“, sagte sie herausfordernd, „das ist dann kein Handel?“

„Nein, mein Kind“, sagte Frau Coqueho feierlich. „Ein Handel würde es sein, sie irreführen, sie, sagen wir, zu einer alten Dame zu schicken, die geeignet wäre, ihr später eine Rente zu hinterlassen. Ich habe eine derartige Sache unter meinen Adressen: ein isoliert stehendes Gartenhaus in Auteuil, Sie klingeln, die Wohnungstür öffnet sich vermittelt einer vom Nebenzimmer aus in Bewegung gesetzten Zugvorrichtung, Sie sehen niemand, nun gehen Sie vorwärts, die Tür schließt sich wieder hinter Ihnen, und anstatt einer alten Dame ist es eine Art Satyr, der Sie anfällt. Nein, zu solchen Streichen gebe ich mich nicht her, allein da Sulette sehr gescheit ist, spreche ich so zu ihr: Ihre Jugend hat einen vermünschten Wert, ziehen Sie Vorteil daraus. Ob Sie dieselbe nun

nützen oder nicht, das Resultat ist in einigen Jahren das gleiche, Sie werden welk sein...“

Sulette beharrte bewegungslos. Frau Coqueho begann wieder:

„Ich will Ihnen sagen, daß Sie bei Enthaltbarkeit noch viel schneller verblühen, Sie werden gallenleidend, Ihr frischer Teint wird das Aussehen einer Zitrone bekommen. Sie haben ein lebhaftes, liebebedürftiges Temperament.“

Rosalie setzte sich, aus vollem Halse lachend, rittlings auf den Koffer.

„Soviel ist Tatsache, daß die Arbeit eines Dienstmädchens, die ewige Plackerei im Stehen dich nicht gerade frisch erhält. Ich wette, man ist ebenso verblüht nach 10 Jahren der Hauswirtschaft wie der Ausschweifung.“

Sie pufete und fächelte sich in komischer Weise mit ihren Röcken.

Sulette zündete mit skeptischer und angewidertter Miene eine neue Kerze an.

Frau Coqueho fuhr fort:

„Ich rate Ihnen keine unsittliche Zügellosigkeit; Sie bleiben Ihre eigene

Ernährung und Kochen

Die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse haben in der Wertung der Nahrungsmittel eine große Veränderung bewirkt. Wir stellen heute unsere Mahlzeiten nicht mehr nur dem Kalorienwert entsprechend zusammen, sondern beachten auch ihren Wert an Mineralsalzen und Vitaminen. Es kommt im wesentlichen auf eine Einschränkung des Fleischgenusses und reichlichere Beigabe von Salaten und Obst (Rohkost) zu der Gemüse-Hauptmahlzeit hinaus.

Unter „Kochen“ verstehen wir nicht nur die Veränderung der Nahrungsmittel durch den Koch-, Brat- oder Backprozeß, sondern die gesamte zur Bereitung der Mahlzeiten gehörige Tätigkeit, also auch das sehr wichtige Vorbereiten und Anrichten der Speisen.

Durch das Putzen von Fleisch und Gemüse, Salat und Obst werden die für den menschlichen Organismus nicht zu verwertenden Teile, wie Knochen, Knorpel, Sehnen, holzige Stellen entfernt. Sehr wichtig ist die Reinigung unter fließendem Wasser. Für Kartoffeln, Möhren, Sellerie, rote Rüben usw. halte man sich eine besondere Bürste, die nur zur Reinigung dieser Knollengewächse verwendet wird. Andere Gemüse, wie Blumenkohl, Kraut, auch Kopfsalat, sind vor dem Waschen zu zerteilen. Zur Zerstörung der mit bloßem Auge nicht sichtbaren Wurmeier sind die Blumenkohlröschen und Salatblätter nach dem Waschen etwa 15 Minuten in leicht gefalztes Wasser zu legen.

Die dann beim Kochen erzeugte Hitze zerstört die Zellhäutchen der pflanzlichen Nahrungsmittel, wodurch ihre Ausnutzbarkeit gesteigert wird. Der menschliche Darm ist kürzer als der der Pflanzenfresser und daher nicht so gut imstande, die Zellulosebestandteile der Pflanzen in ausreichendem Maße zu verarbeiten, was zwar gegen reine Rohkost, aber nicht gegen vegetarische Ernährungsweise spricht, die zweifellos zu Zeiten ange-

bracht und in manchen Krankheitsfällen von großem Wert ist.

Das Wesentliche für die Zubereitung der Gemüse ist die Erhaltung der Mineralsalze und der Vitamine, daher soll man sie nur solange kochen, wie zum Weichwerden absolut nötig ist. Sonst laugt man das Gemüse aus und hat die wichtigsten Bestandteile zerstört, oder sie sind bestenfalls im Gemüsewasser enthalten. Gemüsewasser darf nie weggegossen werden. Man nimmt es an Stelle der früher weit überschätzten Fleischbrühe zu Suppen und Tunken. Besser ist es, Gemüse in Dampf oder Fett zuzubereiten, wozu es sehr praktische Töpfe gibt. Tierische Fette sind wegen ihres hohen Gehaltes an Fettsäuren verpönt. Butter schmeckt am besten, aber ein guter Ersatz sind Pflanzenfette oder Olivenöl.

Für das in mäßiger Menge, aber nicht täglich zu empfehlende Fleisch bedeutet das Kochen oder Braten Wundung der Muskel- und Bindegewebsfasern, wodurch sie der Einwirkung der Zähne und der Verdauungssäfte zugänglicher gemacht werden.

Unser täglicher Bedarf an Kochsalz ist viel geringer als die übliche Ernährung uns darbietet. In vielen Nahrungsmitteln ist ja schon genügend Salz enthalten, z. B. im Brot. Das Auslaugen des Gemüses wird durch Beigabe von Kochsalz zu Beginn des Kochprozesses gefördert. Man füge also erst eine Prise Salz hinzu, wenn das Gemüse abgekocht ist, falls es dann noch nötig erscheint. Für Gäste, die an stärker gewürzte Speisen gewöhnt sind, stelle man Salz auf den Tisch. Nachsalzen läßt sich immer.

Von Gewürzen sind in mäßiger Menge erlaubt: Muskat, Zimt, Nelken. Sehr sparsam zu verwenden ist Senf, durchaus entbehrlich ist Pfeffer. Grüne Kräuter sollen täglich verwendet werden; zumal Schnittlauch und Petersilie sind für Salate und Gemüse unentbehrlich. Eßig ist in jedem Falle durch Zitrone zu ersetzen.

Die große Mühe, die die Hausfrau tagtäglich in der Bereitung der Mahlzeit, sondern auch auf deren sinngemäße Zusammenstellung und Einkäufe der Lebensmittel verwendet, ist nicht verschwendet, und die Meinung, eine Mahlzeit sei mit oder ohne Liebe bereitet, ist zweifellos ein ganz richtiger Ausdruck des Volksempfindens.

Es ist töricht, von dem „bischen Kochen“ zu reden, wie diese wichtige Hausfrauenarbeit zuweilen geringschätzig abgetan wird. Kochen ist eine Kunst, eine von Generation auf Generation überkommene Erfahrung, die durch stete Verbesserung und immer erneute Nutzbarmachung vieler Zweige der wissenschaftlichen Forschung mit zum wichtigsten in der weiblichen Erziehung gehört. Denn dieses Können der Frau stellt den wesentlichsten Faktor für die Gefunderhaltung der Familie und eine rationelle Haushaltsführung dar.

Dr. med. Charlotte Zschokke

Siedlerausweise

Der Vorstand des ADGB. hatte sich in einer Eingabe an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gewandt, um die Aufhebung der sehr hohen Gebühr von 1 M für die Ausstellung der Ausweise zur Erlangung der ermäßigten Siedlerfahrkarten für Arbeitslose und Kurzarbeiter zu erreichen. Als Antwort ist das folgende Schreiben eingegangen:

Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Unzulänglichkeiten und Berufungen müssen wir zu unserem Bedauern davon absehen, die Gebühr für Ausfertigung der Bescheinigungen verschieden zu bemessen und sie den Arbeitslosen und Kurzarbeitern ganz zu erlassen. Wir haben jedoch die Gebühr bereits mit Wirkung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1932 für alle Kleingärtner von 1 M auf 50 ¢ herabgesetzt.

VIII.

Die nächste Woche ließ Sulette, die eine Freundin ergötzlicher Geschichten war, Frau Coqueho nicht erst zu üblicher Anpreisung kommen. Sie wollte sogleich Näheres über Virginie, die Liebste von Zumeron, erfahren.

Frau Coqueho setzte sich, blickte in die Tasche, schloß sie wieder und fing an, ihr Herz mit der Nachsicht und geheimen Genugtuung einer Mama auszuschütten, die die Rüpeleien ihres Taugenichts von Sohn erzählt.

„Virginie — es gibt kein größeres Phänomen als dieses Mädchen. Uebrigens sieht sie wie eine Zigeunerin aus. Den Charakter zu erklären, kann ich nichts Besseres tun, als ihre Ansichten wiederzugeben. Hören Sie, was sie einer Patronatsdame, die ich begleitete, antwortete. Die ist ihr bis ins Weinrestaurant gefolgt, um den Vorschlag einer sittlichen Erneuerung zu machen.“

„Danke sehr für Ihre Bemühung. Ich bin Dienstmädchen von meinem 16. bis 18. Jahr gewesen, war ausgehungert,

Herrin — nur würde Ihre Anmut als Trumpp zählen, während sie hier für nichts gilt. Sehen Sie, Katharine, die Esfässerin, Rosalie kennt sie gut, die war wie Sie weder auf die eine noch auf die andere Seite des Geländers beschränkt; sie ließ es an sich herankommen. Ich habe sie bei einem alten Lebemann, der am Magen zu leiden begann, untergebracht. Nun also! Sie hat ihn zur Mäßigkeit bekehrt, beide gehen zusammen in die Kirche, das heißt abwechselnd: einmal in die katholische, einmal in die protestantische Kirche, weil Katharine Protestantin ist. Sie sind Mitglieder des Vereins gegen Unfittlichkeit... Ich schlage Ihnen die Spekulation, das Glück des Spiels vor...“

Die Schlussfolgerung machte Eindruck auf Sulette; sie ermangelte nicht des Geschicks. Die zum Fall entschlossenen Dienstmädchen sahen darauf, sich die Wahrheit selbst zu beschönigen. Ein Rest menschlicher Achtung hätte sie vor einem zweifellos unmoralischen Handel zurückschrecken lassen. Frau Coqueho über-

redete sie, daß sie nur ihr Glück versuchten; man mußte nicht... es konnte ein ehrbarer Liebeshandel daraus hervorgehen.

„Mit einem Wort,“ sagte Rosalie höhnisch, „Sie wollen uns ganz einfach gefällig sein, ohne daß wir uns für ein anständiges oder liebes Leben glatt entscheiden.“

„Ja, mein Kind, sprechen Sie bloß einmal wie Virginie, die Liebste von Zumeron: „Ja, ich will von der Gasse leben.“ Seien Sie überzeugt, daß der Kinnstein mit den Dieben und Mördern für Sie, die allzu gläubigen Dienstmädchen, vom ersten Schritt der Emanzipation an, die große Gefahr ist. Sie brauchen den Rat der Erfahrung.“

In diesem Augenblick rief jemand im Gang nach Frau Coqueho, um ihre berühmten Willen zur Verhinderung der Schwangerschaft zu kaufen. Sie nahm mit den Worten Abschied:

„Ueber acht Tage, meine Buttchen! Denken Sie gut über meine Worte der Moral nach!“

Arbeitsflaben unter SA.-Kommando

Wie das Los des arbeitenden Menschen in einem nationalsozialistischen Staate sein wird, geht aus einer Anzahl Schilderungen aus nationalsozialistischem Munde deutlich hervor:

Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ Nr. 9 vom 12. Januar 1932 gibt einen Vortrag wieder, der anfänglich einer Sondertagung nationalsozialistischer Juristen und Volkswirte (nicht Arbeiter) über die „Gestaltung und Organisation der Arbeitsdienstpflicht im nationalsozialistischen Staate“ gehalten wurde. In diesem Vortrag heißt es:

Die Arbeitsdienstpflicht wird auf Grundlagen, wie sie einst das Heer hatte, aufgebaut werden. Dazu wird jeder Deutsche, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts ohne Unterschied des Standes verpflichtet sein, im Alter zwischen 17 und 21 ein Jahr lang für den Staat zu arbeiten. Da es eine Ehrenpflicht sein soll, genau wie damals die Wehrpflicht, werden die Arbeitsdienstpflichtigen außer freier Unterkunft, Verpflegung und Kleidung nur ein kleines Taschengeld erhalten, wie früher der Soldat. Die Folge einer Arbeitsdienstpflicht, allgemein durchgeführt, wird die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sein. Viele Millionen Mark für Unterstützungen werden fortfallen können und so zur Finanzierung der Dienstpflicht beitragen. als Führer werden alle Soldaten in Frage kommen. Die Unterbringung wird geschlossen geschehen. Es ist dabei vor allem an leerstehende Kasernen und andere Massenquartiere zu denken. So wird einmal im Sinne Steins und Schopenhors das Volk wieder emporsteigen und genesen.

Ähnliche Aussichten verkündet der nationalsozialistische Redner Dr. Kopsch in einer Massenversammlung der Sektion Berlin-Dahlem am 19. Januar im Restaurant Schilling:

Kultivierung von Debländereien. Primitive Spatenarbeit muß geleistet werden. Schaffung von Neuland nach holländischem Muster durch Eindämmung von Meeres- teilen, so Jadebusen, Kurisches Haff usw.,

Einschränkung von Schäden durch Hochwasser durch Flußregulierungen, Bau von Talsperren einschließlich der Anlage von Kraftwerken. Billige Arbeitskräfte dafür werden mobil gemacht durch die Einführung der Heimatsdienstpflicht. Bevor aber die so eingezogenen Leute an die praktische Arbeit gelassen werden, müssen sie erst einige Monate zu Autokratie und Disziplin, kurz, zur Gesinnung unserer SA.-Leute erzogen werden; denn es kommen ja sicher die tollsten Elemente zusammen.

Die gewiß in dieser Hinsicht unverdächtige „Schwarze Front“ Nr. 1 vom 2. Januar 1932 bestätigt entgegen einem Hitlerdementi nochmals ausdrücklich, daß in einer von Gregor Strasser und Oberleutnant Schulz geleiteten Gauleiterbesprechung der Beschluß gefaßt wurde,

für alle Arbeitslosen gegen Ernährung durch Massenpeisung Zwangsarbeit einzuführen.

Wie die „Fränkische Volkstribüne“ Nr. 10 vom 13. Januar 1932 berichtet, wurden in der nationalsozialistischen Hochburg Roßburg, deren erster Bürgermeister der Nationalsozialist Schwede ist, diese Vorschläge schon in die Praxis umgewandelt.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschloß der Stadtrat, für jugendliche Erwerbslose die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Die Arbeitsdienstpflichtigen sollten entsprechend diesem Beschluß kaserniert werden; diejenigen, die sich weigern, die Arbeitsdienstpflicht zu verrichten, verlieren damit den Anspruch auf irgendwelche Unterstützung. Das Taschengeld des Arbeitsdienstpflichtigen beträgt täglich 50 J. Herr Schwede gab zu diesem Antrag wörtlich die Erklärung ab:

Die zur Arbeit kommandierten Erwerbslosen haben den Mund zu halten und zu parieren; wer das nicht kann, der fliegt!

Damit auch die Ernährung des Arbeitsdienstpflichtigen nicht vergessen wird, hat Herr Gregor Strasser die Forderung aufgestellt,

das deutsche Volk werde sich an Roggenbrot und die gute, alte Erbsenluppe zu gewöhnen haben. Wurst und Weißbrot werde es im Dritten Reich nicht mehr geben.

Im übrigen hat, wie die „Münchener Post“ Nr. 7 vom 11. Januar berichtet, der Nationalsozialist Sturm in einer Versammlung in München die Arbeitsdienstpflicht mit folgenden Argumenten verteidigt:

Die Arbeitslosenunterstützung von 12 bis 15 Mark, die heute von den Arbeitslosen bezogen werde, sei ein Unbding; die Arbeitslosen würden feist, faul und feig!

Gestorben sind:

Am 30. Januar die Zigarrenarbeiterin Margareta Dengler, 68 Jahre alt (Zahlstelle Brud.).

Am 1. Februar die Tabaklöserin Genta Huber, 42 Jahre alt (Zahlstelle München).

Am 2. Februar der Zigarrenarbeiter Georg Raab, 62 Jahre alt (Zahlstelle Pfungstadt).

Am 4. Februar die Wästelmacherin Karoline Brendel, 65 Jahre alt (Zahlstelle Neumarkt).

Ehre ihrem Andenken!

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preisl. 1 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68 Alte Jacobstraße 8

„altige böhmische Bettfedern



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße ungeschlissene Runfedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

schief angesehen, wie eine Gefangene gehalten. Muß bemerken, daß ich die erste Stelle in meinem Heimatsort hatte. Aber als ich von anderen Dienstmädchen hörte, daß man in Paris vom Vergnügen leben könnte — oder vom Laster, wie Sie wollen —, bin ich schnell auf die Straße gelaufen, zu sehen, wie das gemacht wird — und von heute zu morgen habe ich mich von allein, trotz der Unannehmlichkeiten, die mir meine Unschuld verursachte, hineingefunden. Mein erster Liebhaber dachte, ich wäre krank, ja er hat sich für angeführt gehalten. Das Leben ist doch gut so! Die Keuschheit ist eine Krankheit! Aber schließlich welche Erleichterung für mich, auf der Straße zu sein! Denn am Ende bin ich weniger beschudelt und entehrt worden als vorher! Wenn ein Dienstmädchen allen Schmutz der Herrschaft wegräumt, ihren Staub einatmet und hinunterschluckt, ist das eine saubere Sache? Wenn sie einem Wink des Fingers oder des Blickes unter dem Druck der Unverfrorenheit gehorcht, ist das ehrenvoll? Wie? Ich fühle

mich auf meinem Trottoir sehr wohl. Lassen Sie mich dort, wenn Sie mir keine angenehme, geachtete und gutbezahlte Arbeit zu bieten haben.“

Frau Coqueho lächelte zustimmend und zugleich mißbilligend.

„Ich gebe der Virginie nicht recht und werde niemand veranlassen, sie nachzuahmen, noch vollends die vornehme Galanterie bei hohem Tarif zu versuchen, das ist zu gewagt. Nein, nein! Man muß der Wahrheit die Ehre geben: Virginie ist eine Ausnahme und ihre Lebensweise würde nicht einer jeden passen. Und außerdem hatte sie das Glück, gerade an einen ruhigen Mann, an Fumeron, gekommen zu sein; der besitzt reizende Eltern, so daß sie wie verheiratet ist und wie zur Familie gehört — einige dunkle Punkte abgerechnet. Sie sehen, der Fall ist in jeder Beziehung eine Ausnahme.“

Beim Hören des Namens Fumeron kam eine Kameradin Sulettes, die im Hemd auf dem Gang herumspazierte (es war zehneinhalb Uhr abends), rasch über die Schwelle der offenen Kammer und rief:

„Ach, ich komme ein bißchen herein, wenn Sie von Virginie sprechen.“

Das war die Freude der von Frau Coqueho besuchten sechsten Etagen: die Abenteuer Virginiens und der Familie Fumeron.

Frau Coqueho beeilte sich, mit einem Lächeln, das ihre mütterlichen und etwas spöttischen Augen mit Wasser füllte, zu beantworten, sie hatte immer ein drolliges Abenteuer auf Vorrat: es gehörte zu ihrer Begabung, die Zuhörerinnen zum Lachen zu bringen, um ihnen leichter Willen aufzuschwätzen oder die Karten zu legen oder sie zu einem einzelnen Herrn zu bringen.

Sie verfuhr gerade umgekehrt wie Herr Benoit, der die Dienstmädchen einschüchterte, um sich sein Geschäft zu erleichtern.

Und sie hatte in reichem Maße das Glück gehabt, in voller Wirklichkeit auf Personen zu stoßen, die eigens dazu geschaffen schienen, eine endlose Folge gepochener Keuilletons zu liefern.

(Fortsetzung folgt)